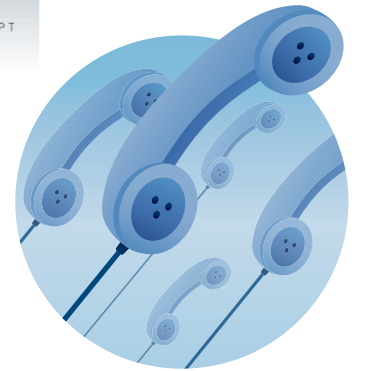




»EINE ABSURDE SITUATION«  
Interview mit Karsten Rogall,  
Chef der Leipziger Stadtwerke  
Wirtschaft & Politik

KUNDENSERVICE  
Frustr und Ängste:  
Beratung wird zur Seelsorge  
Unternehmen & Märkte



ZEITUNG FÜR KOMMUNALE WIRTSCHAFT

# Nahverkehr zwischen Boom und Systemcrash

**Mobilität** München und Berlin gehen unterschiedlich mit der massiven Unterfinanzierung des ÖPNV um. Wenn Bund und Länder die Verkehrswende ernst nehmen, müssen sie mehr Geld in die Hand nehmen

Jürgen Walk, München

Die Ansage des Münchner Verkehrsverbunds hatte es in sich: Eigentlich müssten die Tarife für den Nahverkehr der bayerischen Landeshauptstadt im kommenden Jahr um 22 Prozent steigen, meinte MVV-Geschäftsführer *Bernd Rosenbusch*. Damit könnten die Nahverkehrsunternehmen die stark gestiegenen Kosten, etwa für Energie oder coronabedingte Maßnahmen, ausgleichen.

Ein solcher Sprung bleibt den Fahrgästen dann doch erspart, er wäre politisch kaum durchsetzbar. Dennoch müssen die Menschen im Großraum München für ihre Tickets immer noch knapp sieben Prozent mehr zahlen als bislang. Dabei ist völlig klar: Auch mit dem zusätzlichen Geld werden die Verkehrsbetriebe ihr Angebot im besten Fall nur halten können. An eine Ausweitung, die für eine Verkehrswende nötig wäre, ist mit den vorhandenen Mitteln nicht zu denken.

Das Kontrastprogramm zu München lässt sich derweil in Berlin besichtigen. Dort werden die Preise gesenkt, auf Kosten des Landesets. Innerhalb der Stadtgrenzen können die Fahrgäste bis zum Jahresende für 29 Euro pro Monat den Nahverkehr benutzen. »Berlin liefert und zeigt, wie eine konkrete Entlastung für die Berlinerinnen und Berliner, mehr Klimaschutz, aber auch moderne Mobilität und Teilhabe zusammengebracht werden können«, erklärt die Regierende Bürgermeisterin *Franziska Giffey*.

Zwei komplett unterschiedliche Reaktionen auf das gleiche Dilemma: Insgesamt ist der ÖPNV unterfinanziert, weil die Politik der vergangenen Jahrzehnte deutlich stärker das Auto im Fokus hatte. Dennoch



muss der ÖPNV attraktiv sein, um funktionieren zu können getreu dem Berliner Motto »arm, aber sexy«. Die Menschen lassen sich nur von einem guten Angebot aus den Autos in Busse und Bahnen locken. Takte verdichten, Fahrzeuge beschaffen, auch ländliche Regionen bedienen wäre das Gebot der Stunde. Doch das scheitert zuerst am knappen Geld und dann am fehlenden Personal. Jahrelang schien der ÖPNV mit steigenden Fahrgastzahlen auf einem guten Weg zu sein. Dann kam Corona, der Krieg, die explodierenden Energiepreise. Wer heute sein Nahverkehrsangebot auch nur einigermaßen halten kann, muss sich schon wie ein Sieger fühlen.

Manche Gegenden waren kaum per Nahverkehr erreichbar

Dabei wäre die Nachfrage nach Bussen und Bahnen eigentlich vorhanden. Das hat in den Sommermonaten das 9-Euro-Ticket gezeigt. Die Aktion war so erfolgreich, dass sie im kommenden Jahr fortgesetzt werden soll. Doch wie in einem Brennglas fokussierten sich Wohl und Wehe des Nahverkehrs im sommerlichen Sonderangebot. Das Problem waren nicht nur die teilweise überfüllten Fahrzeuge. Durch marode Infrastruktur, Bauarbeiten oder tödliche Zugunglücke waren manche Gegenden in den vergangenen Monaten kaum per Nahverkehr zu erreichen – sei es der Raum südlich von München oder die Strecke zwischen Frankfurt am Main und Gießen.

In dieser Situation wollen Bund und Länder einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket beschließen. Bis Mitte Oktober haben sich die Verkehrsminister dafür Zeit gegeben. Die Finanzierung ist noch nicht geklärt, ebenso wenig wie der Preis, aber alle Seiten scheinen sich einig, dass das Ticket kommt. Ein richtiger und wichtiger Schritt, der aber bei Weitem nicht ausreicht. Die Stimulierung der Nachfrage muss einhergehen mit der Wiederbelebung der jahrzehntelang vernachlässigten Infrastruktur. Und auch Landbewohner haben ein Recht auf Busse und Bahnen. Da müssen sich sowohl der Bund als auch die Länder bewegen, wenn der Begriff Verkehrswende mehr sein soll als ein wahlwirksamer Werbespruch.

► Mehr zur Titelgeschichte auf den Seiten 2 und 8 sowie unter [zfk.de](https://www.zfk.de)

DAS ZfK-MORNING BRIEFING  
DAMIT SIND SIE TÄGLICH BESTENS INFORMIERT.

[www.zfk.de/abonement](https://www.zfk.de/abonement)



Jetzt kostenlos anmelden!

## ANSTOSS



Klaus Hinkel  
ZfK-Chefredakteur

### Nur nicht die Nerven verlieren

**Energiekrise** – So viel Verunsicherung, ja Verwirrung war nie. In den Kundencentern der Stadtwerke ist der Teufel los. Ein Regionalversorger wie Sachsenenergie verzeichnet momentan 25 000 Anfragen pro Woche. Nach dem Aus für die Gasumlage soll die Gaspreisbremse kommen – aber noch weiß niemand, wie sie funktionieren soll. Für die kommunalen Unternehmen droht der Schlingerkurs der Ampelkoalition zum Dauerdesaster zu werden – vor allem in der Kommunikation mit den Kunden.

**Immerhin wurde** das Umlagen-Fiasko hastig beendet und durch einen milliardenschweren »Doppel-Wumm« ersetzt. Das jüngste Hick-Hack beim Bund-Länder-Treffen hat gezeigt, wie mühsam die Konsensfindung in einem föderalen Staat ist. Dennoch gibt es keinen Grund, in Defätismus zu verfallen. Deutschland kann die Krise in den Griff bekommen. Die konventionelle Kraftwerksinfrastruktur ist intakt, immer mehr Braun- und Steinkohlekraftwerke kehren an den Markt zurück. Die Debatte um die verbliebenen Kernkraftwerke ist nicht entscheidend, sie wird vor allem aus wahltaktischen Gründen geführt. Die Gasspeicher sind ausreichend befüllt. Die von Bundeskanzler *Olaf Scholz* versprochenen 200 Mrd. Euro sind viel Geld, mehr als fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

**Jetzt geht es schlichtweg** darum, die Energiepreisbremse noch im Oktober auf den Weg zu bringen, damit die Entlastungen zügig bei den Menschen ankommen. Nicht nur der Winter, auch das ganze kommende Jahr wird mit hohen Inflationsraten noch hart. Aber es gibt die Hoffnung, dass die Energiewirtschaft anschließend ausgewogener, dezentraler und damit resilienter ist als vor der Krise.



**10%**  
auf 149,4 Mrd. Euro  
sind die Einnahmen der  
Kommunen im ersten  
Halbjahr gestiegen.

Quelle: Destatis

Bild: © Adobe Stock/  
Leipziger Stadtwerke

## IN ALLER KÜRZE

Mehr Nachrichten unter [zfk.de](https://www.zfk.de)

### Contracting im Aufwind

**Markterhebung** – Der Umsatz der Contracting-Branche ist in 2021 um elf Prozent auf knapp 4,3 Mrd. Euro gestiegen. Das hat der Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting (Vedec) ermittelt. Hemmnisse für die weitere Entwicklung sind vor allem die Energiepreise sowie regulatorische Vorgaben.

### Grünes Licht für Stadtwerke-Fusion

**Südhessen** – Die Aufsichtsräte von GGEW AG und der deutlich kleineren Energieried GmbH & Co. KG haben die Geschäftsführungen beauftragt, alles Nötige für eine Verschmelzung vorzubereiten. Der gemeinsame Kernmarkt vergrößert sich dadurch auf rund 180 000 Einwohner. Be-

triebsbedingte Kündigungen sind nicht geplant, eher ist im Rahmen einer Wachstumsstrategie an den Aufbau zusätzlicher Arbeitsplätze gedacht. Wenn alles gut läuft, ist mit der Fusion im September 2023 zu rechnen.

### Hybride Arbeitswelt

**Studie** – Während Beschäftigte die Vorteile flexibler Arbeitsmodelle begrüßen, sehen sich viele Führungskräfte nach dem Büroalltag der Vergangenheit. Vor allem beim Thema Produktivität scheiden sich laut einer internationalen Untersuchung von Microsoft die Geister. Während 86 Prozent der Mitarbeitenden angeben, dass sie bei einer Mischung aus Home-Office und Büro sehr produktiv sind, fürchten Führungskräfte Einbußen mangels Effizienz beim Arbeiten zuhause.

## EU kämpft gegen hohe Preise

**Notfallpaket** – Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf Maßnahmen zur Eindämmung hoher Strompreise verständigt. Die Einnahmen der Produzenten von billigem Strom sollen ab dem 1. Dezember bei 180 Euro pro MWh gedeckelt werden. Dazu zählen Kern-, Braunkohle- und Mineralölkraftwerke sowie Erneuerbare-Energien-



EU-Kommissarin Simson warnt vor einem europäischen Preislimit für Gas. Bild: © V. Mayo/AP/dpa

Anlagen. Außerdem sollen sie eine Solidaritätsabgabe von 33 Prozent auf Gewinne zahlen, die 20 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen vier Jahre lagen. Die Vorschläge finden unter den EU-Staaten breite Zustimmung.

**Noch keine Einigkeit** besteht darüber, wie die Gaspreise gedeckelt werden sollen. Zur Diskussion steht ein europäischer Höchstpreis für Gas. EU-Energiekommissarin *Kadri Simson* warnte vor drastischen Eingriffen wie einem Preislimit im europäischen Großhandel. Das würde »den EU-Gasmarkt praktisch aussetzen und hätte erhebliche Risiken für die Versorgungssicherheit.«

**Deutschland** und die Niederlande teilen diese Meinung. Italien, Frankreich, Spanien oder Belgien fordern dagegen einen Maximalpreis für Gas. Manche Länder hätten nicht das Geld, um große Entlastungspakete zu schnüren. Daher brauche man eine europäische Lösung. **hp/dpa**



**Software** Für die energetische Optimierung eigener Liegenschaften greifen Kommunen und Versorger zunehmend auf Energiemanagement-Software zurück. Die Stadtwerke Lemgo nutzen eine solche seit Jahren erfolgreich und gehen nun einen Schritt weiter: Sie vermarkten die von ihnen genutzten Portallösung der ITC AG als Software-as-a-Service

Stephanie Gust, München

Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Verwaltungsgebäude: die Liste kommunaler Liegenschaften ist lang und umso wichtiger wird deren energieeffiziente Bewirtschaftung. Die Stadtwerke Lemgo gehen deshalb neue Wege und machen die Lösung, die sie selbst für ihr eigenes Energiemanagement nutzen, auch für andere Kommunen und Stadtwerke nutzbar.

Die Idee dazu kam 2015 mit der Auditpflicht für Nicht-KMU (KMU: kleinere und mittlere Unternehmen). »Bereits früh haben wir für regelmäßiges Energiemanagement geworben, um stetig die Zahlen im Blick zu haben und nicht, wie in der DIN-Norm verlangt, alle vier Jahre Werte zu prüfen«, sagt Hauke Hillebrenner, der unter anderem als Verantwortlicher für Dienstleistungen im Bereich Energiemanagement der Stadtwerke tätig ist. Bereits 2013 begann der Aufbau eines Energiemanagement-Systems ISO 50001.

Seit 2018 verwenden die Stadtwerke die Energiemanagement-Software der ITC AG mit Anbindung einer digitalen Plattform für ihre Liegenschaften. Damit überwachen sie die Verbräuche für Strom, Gas, Wasser und Wärme. »Die Analysen und Erkenntnisse dieser wichtigsten Verbrauchsdaten fließen demnächst mit ins Klimaschutzkonzept unserer Stadtwerke. Dazu ist die Software eine gute Grundlage für unser Zertifikat und haben dementsprechend unser Messkonzept danach aufgebaut.«



Arbeiten mit LoRaWAN Zum Klimaschutzkonzept von Lemgo gehört auch die Funktechnik. Bild: © Stadtwerke Lemgo GmbH/reimer@mr-photodesign.de

# KOMMUNALES ENERGIEMANAGEMENT FÜR UND VON LEMGO

fertige Schnittstellen als Integrations- und Datenaustauschplattform mit beliebigen Drittsystemen, IoT, Gateways fungiert. Durch die Funktion Single Sign-on (SSO) schaffen wir mit anderen Portalen und Apps zudem ein optimales Kundenerlebnis für den Nutzer.« Über die Plattform werden ihm zufolge sowohl abrechnungs- als auch nicht abrechnungsrelevante Daten zusammengeführt.

Für die Stadtwerke Lemgo selbst habe sich der Einsatz der Software bereits bezahlt gemacht. Auf Basis der stetigen Überwachung konnte man zum Beispiel im Schwimmbad eine Leckage in einer Warmwasserleitung frühzeitig erkennen. »Alleine der Wasserverlust betrug etwa 700 Kubikmeter pro Jahr, ohne die Energiekosten für das Aufheizen«, sagt Hahn.

## Wie es weitergeht

Der Grundgedanke für die Vermarktung lautet »In Lippe gemeinsam«. Für die Bereiche Energiemanagement, LoRaWAN, Smart City und Energiebeschaffung bieten die Stadtwerke Lemgo dafür ein Dienstleistungspaket an. Darin enthalten sind etwa das Erstellen eines individuellen Messkonzeptes als Grundlage für eine Einführung sowie die konkrete Einführung der Energiemanagement-Software in ausgewählten Liegenschaften. Das Fachpersonal der Stadtwerke Lemgo richtet dabei die Software auf die Bedürfnisse der Kommune oder des Stadtwerks ein. »Im ersten Schritt werden wir uns vor allem auf die großen Verbraucher konzentrieren, wo wir Einsparpotenziale sehen«, betont Hahn. Die Visualisierung erfolgt über die Energiemanagement-Software der ITC. Zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch ist zudem ein übergreifendes Netzwerk geplant.

Die automatisierte Datenerfassung geht direkt ins Controlling zur Bestimmung der Leistungskennzahlen und der Energieziele ein.

Auf Basis dieser Erfahrung lag es deshalb nahe, die Software weiterzempfehlen. »Einige Kommunen profitieren bereits von der Anwendung. Mit weiteren stehen wir in engem Kontakt und warten nur auf deren Startschuss«, sagt Thomas Hahn von den Stadtwerken Lemgo, der kommunale Partner begleitet und berät.

## Vorteile für alle Beteiligten

Aus Sicht des Softwareherstellers ist es eine Win-win-Situation: »Unsere Energiemanagement-Plattform auch Dritten als SaaS anzubieten, unterstützen wir. Die

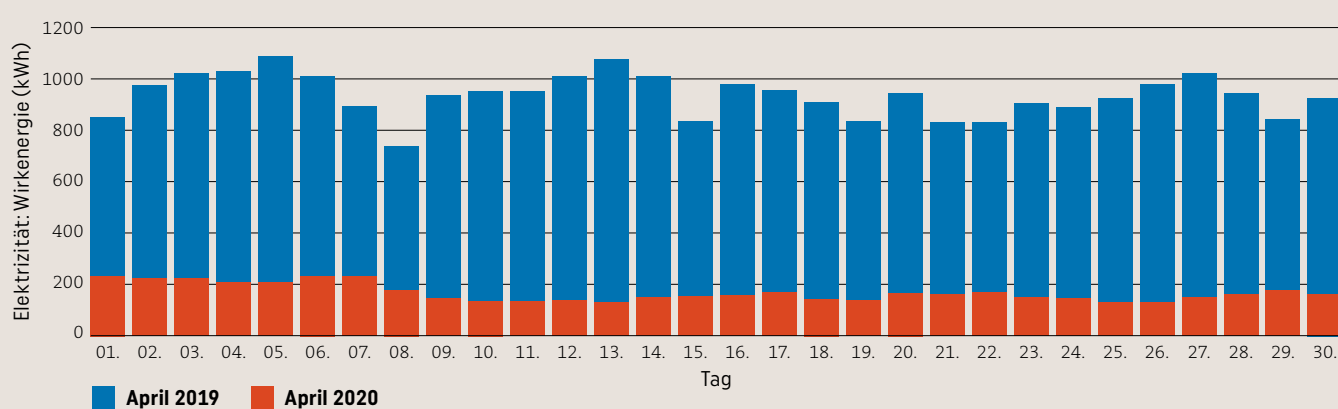
Stadtwerke Lemgo geben ihre Anwendungserfahrungen mit unserer Software weiter und die anderen Kommunen nutzen die Vorteile einer bereits etablierten Lösung. Sie reduzieren deren Einführungszeit und Kosten signifikant«, sagt Stefan Adler, CTO und Prokurist der ITC AG. »Durch das regelmäßige Feedback unserer Anwender wächst die ITC-Software um genau die Funktionen, die sich unsere Nutzer wünschen. Dadurch hat sie sich mittlerweile zu einem unverzichtbaren und funktional sehr mächtigen Energiemanagement-Tool im kommunalen und im industriellen Umfeld entwickelt.«

Steffen Heudtlaß, Geschäftsführer von Meter Pan ergänzt: »Unsere Auftraggeber veredeln die Mess- und Sensorwerte, die sie unter anderem mit unserer Meter-as-a-Service(Maas)-Plattform generieren.« Ihm zufolge werden genau hier die Mehrwerte geschaffen, die die Welten des Internet of Things und des Smart Meterings seit Langem versprechen. »Unser Maas-System ist dabei die Brücke zu den Feldgeräten und versorgt das Energiemanagement-Portal ganz nach Belieben mit Werten der Smart Meter Gateways, der Zählerfernauslesung oder eben auch des Internet of Things.«

## Offene Plattform mit Potenzial

Steve Pater, Senior Technical Consultant bei der ITC, verweist auf weitere Vorteile: »Es ist eine offene, etablierte Softwareplattform, die von ganz kleinen Projekten bis zu großen Projekten mit zehntausenden Messstellen skaliert und über zahlreiche

## Wirkenergie in der Sauna im Vergleich



Deutliches Einsparpotenzial Die Auswertung der Daten aus einer Sauna zeigt, dass der Verbrauch im April 2020 im Vergleich zu April 2019 massiv zurückgegangen ist. Quelle: © Stadtwerke Lemgo GmbH / ITC AG

## Gießen bietet Versorgern Services zu Redispatch 2.0

IT Die Stadtwerke leisten mit Partnern Unterstützung

Alle Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen (EE) und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), sowie konventionellen Energieerzeugungsanlagen und Speichern ab einer Leistung von 100 kW sind verpflichtet, am Redispatch 2.0-Verfahren teilzunehmen. Dies können sie in Eigenregie durchführen oder als Dienstleistung zukaufend. Dazu erforderlich sind allerdings Anpassungen der Leit- und Prognosesysteme, Marktkommunikation, aber auch Bilanzierung und Abrechnung. Die Stadtwerke Gießen haben sich daher entschlossen, als Dienstleister für andere Stadtwerke oder Anlagenbetreiber aufzutreten. »Bei vielen Betreiberinnen und Be-

treibern von Anlagen dieser Größenordnung ist der jetzt geforderte Aufwand unverhältnismäßig hoch«, erklärt Kai Timmermann, Abteilungsleiter bei den Stadtwerken und für das Thema Redispatch 2.0 zuständig.

## Zahlreiche Anforderungen im Rahmen von Redispatch 2.0

Zu den Anforderungen gehört die Bereitstellung von Stamm- und Bewegungsdaten, die Benennung eines Einsatzverantwortlichen (EIV) und eines Betreibers der Technischen Ressource (BTR) sowie die Festlegung der Abrufart für die Leistungs-

reduzierung und das Bilanzierungsmodell. Der Kommunalversorger entschied sich bei der Umsetzung für eine Lösung von Vivavis. Bei dem Teilprojekt SAP IS-U fiel die Wahl auf Cortility.

Der Software-Entwickler aus Ettlingen ermittelte dazu, welche Inhalte im SAP IS-U abgebildet werden mussten. Darüber hinaus habe man die Stadtwerke Gießen bei der Erarbeitung einer optimierten Datenbasis und Ausgestaltung automatisierter Datenaustauschprozesse im SAP IS-U unterstützt. Das Teilprojekt enthielt die Themen:

- Bedeutung und Potenziale von Redispatch 2.0 und Überblick über die neuen Anforderungen
- Implementierung der notwendigen MABIS-Prozesse im Umfeld auftretender Redispatch-Maßnahmen
- Einrichtung einer Schnittstelle zum Empfang der vom technischen System ermittelten Ausfallarbeitszeiten
- Roadmap-Erarbeitung und Umsetzung im SAP IS-U.



Öffentliche Unternehmen kämpfen gleich an mehreren Fronten: Immer anspruchsvollere gesetzliche Vorgaben müssen mit wirtschaftlichen Aspekten in Einklang gebracht werden – und das bei höchsten Sicherheitsanforderungen. Einen Ausweg bilden die zuverlässigen, digitalen Lösungen von DATEV für den Public Sector. Sie steigern die Effizienz – und ebnen den Weg in eine erfolgreiche, digitale Zukunft.

**Mehr Effizienz, weniger Kosten**  
Lösung DATEVasp. Diese umfasst auch die Bereitstellung der Server und des Betriebssystems sowie das Management der IT-Infrastruktur.

**Immer inklusive: maximale Sicherheit**  
Öffentliche Unternehmen haben eine besondere Verantwortung. Umso wichtiger sind höchste Sicherheitsstandards beim Umgang mit sensiblen Daten: Ob zentrale oder dezentrale Lösung, bei DATEV stehen Datenschutz und Datensicherheit stets an erster Stelle. Besondere Bedeutung kommt dabei dem DATEV-Rechenzentrum zu, dem Herzstück für Datenverarbeitung, Transfer und Sicherheit. Diese Sicherheit

Je nach Bedarf kommen dabei unterschiedliche Lösungen zum Einsatz: die Basisversion DATEV SmartIT oder die komfortable Premium-

wird regelmäßig von unabhängiger Seite bestätigt, beispielsweise durch die Zertifizierung nach ISO 27001.

**Hilfe bei der Umsetzung öffentlich-rechtlicher Anforderungen**  
DATEV unterstützt Ver- und Entsorger auch bei der Realisierung gesetzlicher Anforderungen – wie der E-Rechnung oder der Umstellung der Umsatzbesteuerung.

Mit der Neuregelung des § 2b UStG zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand können auch für Ver- und Entsorger neue Sachverhalte hinzukommen. Deshalb müssen juristische Personen des öffentlichen Rechts, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage tätig sind, mit einer Mehrbelastung rechnen. DATEV setzt diese gesetzlichen Anforderungen direkt und automatisch in der Software um.

**Expertise für Unternehmen im Public Sector**  
Um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern, steht DATEV den öffentlichen Unternehmen kompetent und zuverlässig zur Seite. Mit eigenen Beratungsangeboten und der genossenschaftlichen Unterstützung von über 40.000 DATEV-Mitgliedern aus Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung lassen sich alle Anliegen und Anforderungen direkt und unkompliziert umsetzen.

Weitere Informationen und um leistungsstarke DATEV-Lösungen für öffentliche Unternehmen unter [datev.de/public-sector](mailto:public-sector@datev.de), per E-Mail an [public-sector@datev.de](mailto:public-sector@datev.de) oder telefonisch unter **0800 0114348**.

